

Vorschlag der ver.di-Vertrauensleute im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach an die zuständigen Gremien von ver.di zur Aufstellung einer Forderung für die kommende Tarifrunde

Wir, die ver.di Betriebsgruppe des Knappschaftskrankenhauses Sulzbach, haben uns am 7. und 8. Juni 2002 – nach entsprechender Diskussion auf den Vertrauensleutesitzungen – auf einem Wochenendseminar in der Arbeitskammer in Kirkel sehr ausführlich mit der Tarifrunde 2002 befasst und schlagen unserer Gewerkschaft folgende Forderungen für die kommende Tarifrunde vor, die im Anhang begründet werden.

1 Unsere Forderungen

- 1. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 12 Prozent**
- 2. Verdoppelung der Schichtzulagen**
- 3. 250 Euro mehr auf alle Azubi-Vergütungen im Pflegebereich**
- 4. 100 %iges 13. Monatsgehalt**
- 5. Laufzeit: 12 Monate**

2 Bedingungen für unsere Forderung

Wir sind der Meinung, dass die Höhe unserer Forderung folgendes bedenken muss:

- die Produktivitätssteigerung,
- der Reallohnverlust der vergangenen Jahre und die Preissteigerungsrate,
- eine Umverteilungskomponente,
- eine Komponente zur Steigerung der Attraktivität von Schichtarbeit, insbesondere vor dem Hintergrund des EugH-Urteils,
- deutliche Erhöhung der Auszubildendenvergütungen im Pflegebereich, um einem drohenden Pflegenotstand rechtzeitig abzuwehren,
- eine kurze Laufzeit, um mögliche Korrekturen bei einer positiven ökonomischen Entwicklung durchführen zu können.

2.1 Die Produktivitätssteigerung

Bei der Betrachtung der **Produktivität** lassen wir uns von den Fakten in unserem Krankenhaus leiten.

- Von Anfang 1998 bis Ende 2000 steigerte sich die Zahl der stationär behandelten Patienten von 13.395 auf 14.170.
- Gleichzeitig steigerte sich das Ambulante Operieren von null auf 382, die vorstationären Fälle um 420 Fälle, nachstationär um 152 Fälle. Betrug die Verweildauer 1998 noch 8,06 Tage, so liegt sie jetzt bei 7,14 Tagen.
- Diese Arbeit und Arbeitsverdichtung wurde 1998 von 464,81 Vollstellen geleistet, 2000 waren es nur noch 451,91.
- Auf einen Vollarbeitsplatz kamen somit 1998 30,1 stationäre, ambulante, vor- und nachstationäre Fälle, 2000 waren es 34,8 Fälle (13.996 zu 15.725). Somit hat sich die Fallarbeitsleistung in diesem Zeitraum um 15,6 Prozent gesteigert, allein bei den vollstationären Patientenfällen handelt es sich um eine Steigerung von 9 Prozent.
- Die Situation hat sich seit 2.000 weiter verschärft. Leider liegen uns für diesen Zeitraum keine Zahlen vor.
- Bundesweit sank das nichtärztliche Personal von 918.078 im Jahre 1997 auf 903.155 im Jahr 1999, bei den Pflegekräften sank im gleichen Zeitraum die Zahl von 420.306 auf 415.865, lediglich die Anzahl der Ärzte stieg, was angesichts einer Behandlungsfallzahl von 16.261.000 im Jahr 1999 zu 13.776.912 im Jahr 1990 auch deutlich zu gering ist.

2.2 Die Preissteigerung

Die **Kaufkraftverluste** der vergangenen Jahre und die erwartete Preissteigerungsrate ist ebenso zu bedenken. Dabei nehmen wir zur Kenntnis:

- In den letzten Jahren gelang es uns nicht den sogenannten verteilungsneutralen Spielraum – also Produktivitätssteigerung und Preissteigerung – auszuschöpfen. Mit anderen Worten: die Verteilungsverhältnisse veränderten sich zugunsten der Kapitaleseite.
- In der Summe sind von 1980 bis 2000 den Beschäftigten knapp 17 Prozentpunkte vorenthalten worden.
- Im Verlauf der vergangenen zwei Jahre kam es sogar zu Reallohnverlusten. In der Zeit von Juli 2000 bis Juli 2001 sind die durchschnittlichen Monatsverdienste um 0,6 Prozent weniger gestiegen als die Inflationsrate.
- Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist zu berücksichtigen, dass die Steigerung im Jahr 2001 erst relativ spät im September erfolgte. Dies hatte zur Folge, dass den Preissteigerungen des Frühjahres keine Einkommenserhöhungen gegenüber standen.
- Die Inflationsrate für 2001 liegt bei über 2,1 Prozent.

2.3 Die Umverteilung

Wir Vertrauensleute setzen auch auf eine **Umverteilungskomponente** in Kenntnis folgender Tatsachen:

- Die Lohnquote fällt seit Jahren, besonders der Anteil der Nettoeinkommen am gesamten, allen Haushalten zur Verfügung stehenden Einkommen ist seit Jahren rückläufig. Die Nettolohnquote ist von rund 50 Prozent auf 43 Prozent gefallen.
- Aber die Gewinnquote konnte deutlich auf 30 Prozent zulegen. Dabei wird der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen am verfügbaren Einkommen auf Basis der Daten der amtlichen Statistik unterschätzt. Eine ganze Reihe von Vermögenstransaktionen werden bereits vor dem Gewinn- und Vermögensausweis aus der Darstellung herausaldiert. Dies verkleinert das gesamte verfügbare Einkommen und die Gewinn- und Vermögenseinkommen. Nach Schätzungen des WSI liegt das Niveau der Gewinn- und Vermögenseinkommen bei etwa der Hälfte des gesamten verfügbaren Einkommens.
- Liegt laut Statistischem Bundesamt die Veränderung von 2000 gegenüber 1991 bei den Arbeitnehmerentgelten in netto bei 18,3 Prozent, so liegen diese Zahlen bei dem Gewinneinkommen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften bei 59,7 Prozent.
- Betrachtet man diese Zahlen in brutto, dann liegt der Vergleich bei 28 zu 55,8 Prozent. Mit anderen Worten: die Steigerung der Gewinne ist netto größer als brutto, bei den Beschäftigten ist das genau umgekehrt. Daraus folgt, dass über die staatlichen Umverteilungsmechanismen die Gewinne durch Abgaben der Beschäftigten zusätzlich gesponsert werden.
- In den letzten Jahren ist das verfügbare Haushaltseinkommen von ArbeitnehmerInnen deutlich langsamer gestiegen, als das von Selbständigenhaushalten. So zeigt sich bei den Beschäftigten für den Zeitraum von 1991 bis 1997 ein Plus von 15 Prozent und bei den Selbständigen von 22 Prozent.

2.4 Erhöhung der Schichtzulagen

Die **Schichtzulagen** und die Zuschläge für Nachtarbeit sind unattraktiv und entsprechen nicht dem Standard in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

- Wir stehen vor der Umsetzung des EugH-Urteils in Bezug auf die Bereitschaftsdienste. Für die KollegInnen mit Bereitschaftsdiensten besteht damit die Gefahr beachtliche Lohnbestandteile zu verlieren. Andererseits ist der gegenwärtige Zustand nicht haltbar.
- Auch besteht damit die Chance tausende Arbeitsplätze zu schaffen.
- Deswegen muss die Schichtarbeit im Gesundheitswesen attraktiver werden.

2.5 Drohendem Pflegenotstand begegnen

Die Vertrauensleute bedenken bei ihrer Forderung auch die wachsende Gefahr, dass ein neuer **Pflegenotstand** sich ankündigt. Auch die Situation in anderen Gesundheitsberufen ist nicht rosig. Deswegen plädieren wir für eine deutliche Steigerung bei den Ausbildungsvergütungen, insbesondere im Pflegebereich sowie für die Wiedereinführung eines echten 13. Monatsgehaltes.

Bei dem Pflegenotstand bedenken wir folgende Fakten, die insbesondere den Pflegeberuf immer unattraktiver werden lassen.

- Der Deutsche Pflegerat betonte im August 2001: „Die pflegerische Versorgung der Bevölkerung ist gefährdet und macht die Stärkung der beruflichen Pflege erforderlich... Es besteht bereits wieder ein eklatanter Mangel an qualifizierten Pflegekräften.“ Im Saarland werden aktuell Ausbildungsplätze in der Krankenpflege vernichtet.
- Laut DAK-BGW-Gesundheitsreport 2000 arbeiten 80 % der Pflegekräfte regelmäßig Überstunden. Im Durchschnitt werden 11,1 Überstunden pro Monat geleistet.
- Laut diesem Bericht kommen 40 % der Pflegekräfte nicht regelmäßig auf zwei geblockte Wochenendfreizeiten. Die Arbeitszufriedenheit ist gering.
- Die körperlichen Belastungen nehmen immer weiter zu, heißt es in diesem Bericht, so steigt der Anteil der Beschäftigten mit starken Rückenschmerzen und die Gefährdungen durch Infektionen.
- Hohe psychomentele Belastungen kommen hinzu.
- Bei den organisationsbedingten Belastungen ragen die Faktoren „Zeitdruck“ und „häufige Unterbrechungen“ hervor. Die Untersuchung sagt, dass 88 % der KollegInnen häufig unter Zeitdruck stehen., 65 % müssen oft oder sehr oft eine begonnene Arbeit unterbrechen und vieles mehr.
- Der Krankenstand bei den Beschäftigten im Gesundheitswesen liegt deutlich höher über dem Wert anderer Berufe.

2.6 So kommen wir auf unsere Forderung

- Für die uns vorliegenden Zahlen, die so ähnlich im gesamten Gesundheitswesen sein werden, stellen wir eine Fallarbeitsleistungssteigerung von 15,6 % fest. Betrachtet man nur die stationären Fälle, dann liegt die Steigerung bei 9 %. Die Mitte liegt folglich bei 12,3 %.
- Zuzüglich einem Ausgleich für die Preissteigerung: 2,1 %
- Als Umverteilungskomponente fordern wir 2,1 Prozent.
- Addiert man diese Prozentpunkte kommt man auf: 16,5 Prozent.
- Als soziale Komponente treten wir für eine Verdoppelung der Schichtzulagen ein; wir schätzen den Aufwand dafür mit etwa 2,5 Prozent; Für die Erhöhung der Jahressonderzahlung rechnen wir 1 % und für den Aufwand für die Erhöhung der Azubi-Vergütungen um 250 Euro ebenso 1 %. Daraus folgt die lineare Erhöhung von 12 Prozent.

3 Forderungen angesichts der aktuellen Ökonomie

Wir befassten uns auf unserem Seminar auch mit der Fragestellung, ob es richtig ist in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise bzw. angesichts der Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte solche Forderungen zu stellen. Dazu stellen wir fest.

3.1 Binnenkaufkraft stärken

Es muss alles getan werden, um die Binnenkaufkraft zu stärken, um der fortgesetzten Schwächung der Binnennachfrage ein Ende zu bereiten. Die Steigerungen der realen Konsumausgaben der privaten Haushalte betragen seit 2000 jährlich gerade einmal rund 1,5 %. So kann kein wirksamer Wachstumsbeitrag geleistet werden, den unsere Ökonomie dringend benötigt.

In den letzten Jahren hat die Exportnachfrage den Mangel an Binnennachfrage ausgeglichen. Mit der verschlechterten Situation auf dem Weltmarkt hat sich auch unsere Situation verschlechtert.

3.2 Lohnverzicht bringt keine neuen Arbeitsplätze

Die Gewerkschaftsseite hatte bei den Tarifverhandlungen 2000 Lohnzurückhaltung praktiziert. Die Arbeitgeber versprachen dafür Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Zusage wurde nicht eingehalten! Die Zahl der Arbeitslosen werden im Jahresdurchschnitt die Vier-Millionen-Grenze überschreiten.

Seit Mitte der 90er Jahre stagnieren die Personalausgaben der öffentlichen Hand oder weisen nur geringe Erhöhungen auf. Niedrige Tarifierhöhungen gingen mit Stellenstreichungen Hand in Hand. Lohnverzicht vernichtet Arbeitsplätze, da es die Binnenkaufkraft senkt und die Unternehmer ihre Gewinne für Rationalisierungen nutzen.

Der Anteil der Personalausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist seit 1990 ständig gefallen: von 9,5 % auf etwa 8 %. Allein im Bundeshaushalt sind für 2002 Stellenstreichungen in Höhe von 1,5 Prozent geplant.

3.3 Erhöhung der Tarife angesichts leerer Gesundheitskassen?

Angeblich sind die Gesundheitsausgaben nicht mehr zu finanzieren. Deswegen plant man eine neue „Reform“, man will die paritätische Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung unterlaufen und vieles mehr. Wir sagen, die Behauptung die Gesundheitsausgaben würden immer mehr steigen und deshalb müssten wir auf Gehalt und Lohn verzichten, ist eine Unwahrheit.

Betrug der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt 1994 10,6 Prozent, dann sind es 1998 gerade mal 10,9 Prozent. (1996 waren es 11,3 %). In der Gesetzlichen Krankenversicherung wurden in der Vergangenheit mit einer relativen Konstanz sechs Prozent des Bruttosozialproduktes umgesetzt. Nicht mehr und nicht weniger.

Um die Krankenversicherung zu finanzieren muss die Lohnquote wieder steigen. Auch das ist ein Grund für eine deutliche Lohn- und Gehaltserhöhung in der kommenden Tarifrunde nicht nur im öffentlichen Dienst.

3.4 Hohe Forderung angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen

Kann man angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hohe Forderungen stellen? Wir sagen: ja!

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, ihrer makroökonomischen Rolle gerecht zu werden. Auf die Steuerausfälle darf nicht mit neuen Sparprogrammen reagiert werden, vielmehr sind sofortige konjunkturstützende Nachfrageimpulse durch die öffentliche Hand notwendig.

Neben solchen Programmen fordern wir einen Kurswechsel der öffentlichen Finanzpolitik. ver.di schlägt Zukunftsinvestitionsprogramme vor, die zu einer Anhebung der Bruttoinvestitionen auf 3,2 % am Bruttoinlandsprodukt bis spätestens 2006 führen. Allein hierdurch könnte die Anzahl der Erwerbstätigen um 450.000 erhöht und die Arbeitslosenzahl um rund 250.000 verringert werden.

Finanziert werden muss dies durch die steuerliche Abschöpfung hoher Vermögen, zum Beispiel durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Wenn ein halbes Prozent der bundesdeutschen erwachsenen Bevölkerung über 25 Prozent des Geldreichtums verfügt, ist deutlich, dass Finanzierungsmöglichkeiten durch Besteuerung besteht.

4 Schluss

Wir Vertrauensleute sprechen uns für die Ausnutzung unserer ganzen gewerkschaftlichen Kampfkraft aus. Unsere Mitglieder fordern eine offensive Tarifpolitik. Wir wollen und brauchen mehr Geld! Wir sehen sehr wohl auch bestimmte Erschwernisse. Trotzdem ist die Zeit reif, sich nicht immer mehr den Gürtel enger schneiden zu lassen.

Wir haben eine Forderung aufgestellt aufgrund unserer Situation, in Erwägung, dass wir immer weniger Geld in den Taschen haben bei gleichzeitiger immer größerer werdender Arbeitsbelastung. Die Kolleginnen und Kollegen in den anderen Betrieben und Behörden werden ebenfalls diskutieren und ihre Vorschläge machen. Wir plädieren auf jeden Fall nicht nur den sogenannten verteilungsneutralen Spielraum auszunutzen.

Eine Zurückhaltung ist aus betrieblicher wie aber auch aus gesamtgesellschaftlicher Sicht nicht angebracht. Wir sind bereit für eine kämpferische Lohn- und Gehaltsforderung unserer Gewerkschaft zu kämpfen.

Gerade wir Beschäftigten im Gesundheitswesen wollen für unsere Leistung, die wir jahrein jahraus rund um die Uhr zum Wohle der Patienten unsere Arbeitskraft zur Verfügung stellen, mehr als „ein gutes Wort zum Sonntag“. Sollten die Arbeitgeber keine Einsicht zeigen, dann sind wir auch bereit in einer Urabstimmung für einen Arbeitskampf zu stimmen.

Wir sind zum Streik bereit.

*ver.di Betriebsgruppe
des Knappschaftskrankenhauses Sulzbach
8. Juni 2002*